



Niederschrift über die Sitzung des Integrationsausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 11.02.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Fettback, Oberbürgermeister

Mitglieder:

Herr Abele, Stadtrat
Herr Dullenkopf, Stadtrat
Herr Etzinger, Stadtrat
Herr Funk, Stadtrat
Herr Garlin, Stadtrat
Herr Gehring, Stadtrat
Frau Goeth, Stadträtin
Frau Handtmann, Stadträtin
Frau Kapfer, Stadträtin
Herr Lemli, Stadtrat
Herr Späh, Stadtrat
Herr Wiest, Stadtrat
Herr Zügel, Stadtrat

zeitw.

Stellvertreter/in:

Frau Kübler, Stadträtin

Verwaltung:

Herr Dr. Biege, Kulturdezernent
Frau Dengler, Schriftführung
Frau Engelhardt, Kulturamt
Frau Fasseing, VHS
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Frau Ludwig, Ordnungsamt
Herr BM Ogertschnig
Herr Simon, Hauptamt
Herr Strecker, Wirtschaftsförderung

entschuldigt:

Herr Prof. Dr. Nuding, Stadtrat
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Presse:

Herr Andresen, Weberberg.de

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Integration von Migrantinnen und Migranten in Biberach - Bestandsaufnahme	14/2008

Die Mitglieder wurden am 31.01.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 02.02.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Integrationsausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 14/2008 zur Information vor.

OB Fettback begrüßt die Anwesenden und bekräftigt, dass ihm das Thema Integration sehr wichtig sei. Er wolle die Integration in Biberach betreiben, dieses wichtige Thema sei bereits in der Jahreshauptversammlung des Städtetages behandelt worden. Es gebe auch schon gute Angebote, die noch ausgebaut und miteinander vernetzt werden müssten.

Er betont, dass er nicht defizitorientiert, sondern positiv orientiert an die Aufgaben herantreten möchte. Man müsse sich fragen, welche Stärken die Menschen besitzen, die bereits hier leben und noch leben werden. Es handle sich um eine kommunale Aufgabe, die Städte seien gefordert.

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 sei ein Paradigmenwechsel erfolgt. Deutschland sei ein Zuwanderungsland, und bei Betrachtung des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels am Arbeitsmarkt benötige Deutschland auch mehr Zuwanderung.

Eine gute Integrationspolitik solle man als Chance begreifen. Es sei wichtig, den richtigen Einstieg zu finden und dabei erst einmal festzustellen, was Integration überhaupt sei. Integration sei kein Zustand, sondern ein bewegliches Beziehungsgeflecht.

Es müsse zuerst definiert werden, welche Menschen erfasst und damit auch erreicht werden können. Die Ziele sollten klein, glaubwürdig und erreichbar sein. Es sei erforderlich, Netzwerke zu bilden, um herauszufinden, welche anderen Akteure beim Thema Integration benötigt werden. Die Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund spiele hierbei eine große Rolle. Es gäbe drei Grundsätze der Integrationshemmung: Ablehnung, Mangel und Fremdheit. Auch die Kriminalität dürfe nicht außer Acht gelassen werden.

Es sei geplant, vor der beabsichtigten Integrationskonferenz Betroffene und Experten anzuhören und in den Prozess einzubauen. Hierbei müssten die Ziele klar definiert sein.

Die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe fände es richtig, sich wissenschaftlich beratend begleiten zu lassen. Derzeit lägen aber noch keine konkreten Angebote vor.

StR Dullenkopf weist auf den in den 70er Jahren gegründeten Koordinierungsausschuss für Ausländerfragen hin. Dieser sei Ende der 80er Jahre wieder eingestellt worden, da die Gruppen kein Interesse mehr gehabt hätten. Man solle sich im Internet über Integrationskonzepte anderer Städte informieren, da das Rad nicht neu erfunden werden müsse. Die wissenschaftliche Begleitung halte er für verfrüht, da die Ziele und Aufgaben noch nicht klar definiert seien. Die Integration sei eine kommunale Aufgabe, in der ein Rahmen vorgegeben werden solle, in dem sich dann die integrationswilligen Personen bewegen könnten. Integration solle ein Angebot darstellen, kein Diktat. Die Kriminalität betreffe natürlich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, man dürfe aber auch keine Scheu haben, sie in diesen Fällen anzusprechen.

Die in der Vorlage genannte Kennzahl sei ihm nicht ganz klar. Er frage sich, ob es wirklich gewollt sei, dass auch deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund erfasst werden sollen. Er

hoffe, dass dieser Aufwand in Biberach nicht betrieben werde. Seine Fraktion begrüße den Integrationsausschuss und werde gerne mitarbeiten.

StR Lemli betont, dass die Stadt mit dem Integrationsausschuss ein wichtiges Zeichen setze. Der Integrationsausschuss sei nicht wegen der Kriminalität gewollt, sondern wegen der Chancen und Stärken der Einwanderer. Eine gute Integration sei auch ein Standortfaktor für Biberach. Die erste Vorlage sei eine Bestandsaufnahme, hierbei würden noch die Hintergründe und Zahlen fehlen. Er halte die wissenschaftliche Begleitung für erforderlich und bitte darum, diese auch rechtzeitig zu beteiligen. Das JuPa solle auch in die Gruppen mit eingebunden werden.

StRin Goeth führt aus, dass die Integration im Alltag, in der Schule und Nachbarschaft gelebt werde und wichtig für einen sozialen Zusammenhalt sei. Es sei die kommunale Pflicht, für die Gleichbehandlung der Menschen zu sorgen und das Beste aus der Vielfalt und der Fremdheit jedes einzelnen zu machen. Die elterliche Erziehungskompetenz solle gefördert werden. Aus der Vorlage sei noch nicht ersichtlich, wo diese Menschen wohnen und arbeiten, es würden noch Zahlen und Statistiken fehlen. Auch müsse erörtert werden, an welche Vereine angeknüpft werden könne und in welchem Umfang Migranten bereits z.B. bei der Feuerwehr und beim Roten Kreuz engagiert seien. Auch wäre interessant zu erfahren, wie viele Lehrer mit Migrationshintergrund an öffentlichen Schulen unterrichten würden. Sie halte es für wichtig, die Integrationskonferenz gut vorzubereiten.

StR Späh ist froh um den Integrationsausschuss. Es solle ein intensiver Versuch sein, die Integration in einen gesamtgesellschaftlichen Prozess einzuführen. Es müssten noch einige Fragen geklärt werden, z.B. die inhaltlichen Angaben der einzelnen Vereine, die fehlenden Zahlen und Statistiken, die Frage der Budgetierung usw.. Die wissenschaftliche Begleitung solle dann entschieden werden, sobald entsprechende Angebote vorlägen.

StR Funk sieht Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe. Dies sei nur ein Teil einer geregelten Zuwanderung. Ihm wäre die praktische Arbeit wichtiger als die Erarbeitung eines Leitbildes. Auch hinter der wissenschaftlichen Begleitung sehe er keinen Sinn. Integration sei kommunale Aufgabe, die aber auch teilweise erzwungen werden müsse. Vor der Einschulung z.B. müsse die deutsche Sprache beherrscht werden, hier reiche nur das Angebot von Integrationsmaßnahmen nicht aus.

OB Fettback stellt fest, dass der Vorschlag der Verwaltung zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes vom Gremium unterstützt werde. Einzelne Projekte könnten aus den vorhandenen Mitteln finanziell unterstützt werden. Die Frage der externen beratenden Begleitung werde ausgeklammert. Die Verwaltung werde Angebote einholen und diese in der nächsten Sitzung vorlegen. Die vom Gremium geforderten Zahlen und Statistiken würden gerade auf den neuesten Stand gebracht und in der nächsten Sitzung vorgestellt werden. Heute gehe es darum, an die Öffentlichkeit zu appellieren, damit die Gruppen sich angesprochen fühlen. Die Geschäftsführung des Integrationsausschusses sei an Frau Ludwig vom Ordnungsamt übertragen worden. Er bedankt sich ganz herzlich für die Mitarbeit bei den Mitgliedern des Integrationsausschusses und der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe.

Damit hat der Integrationsausschuss Kenntnis genommen.

Integrationsausschuss, 11.02.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Fettback

Stadtrat: Wiest

Stadträtin: Kübler

Schriftführerin: Dengler

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Ogertschnig